

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 110 (2016)
Heft: 12

Artikel: Ein Blick nach Israel : gleichgeschlechtliche Elternschaft und gesellschaftlicher Wandel
Autor: Lustenberger, Sibylle
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Blick nach Israel

Gleichgeschlechtliche Elternschaft und gesellschaftlicher Wandel

Während in der Schweiz künstliche Fortpflanzungsmedizin umstritten ist und ausschliesslich heterosexuellen Paaren zur Verfügung steht, genießt sie in Israel einen hohen Stellenwert – nicht nur um das religiöse Gebot «seid fruchtbar und vermehret euch» zu erfüllen.

Es wurde bereits dunkel, als ich mein Auto in Har Nof, einem von orthodoxen Juden und Jüdinnen bewohnten Viertel in Jerusalem, parkte und den Häuserzeilen entlang ging. Es war der 25. Dezember 2011, der zweite Tag des jüdischen Lichterfests Channukah. Hinter den Fenstern standen die traditionellen neunarmigen Kerzenständer. Ich sah, wie die Familien zusammenstanden und die Kerzen anzündeten, hörte Männerstimmen Gebete murmeln und Lieder singen. Mir gefiel es, dass überall an den Fenstern Kerzen zu sehen waren. Sie erinnerten mich irgendwie an Weihnachten. Ich war unterwegs zu Batya, einer verheirateten Frau und Mutter von vier erwachsenen Kindern.

Batya ist in vielerlei Hinsicht unkonventionell. Sie hat einen Abschluss in Gender Studies, definiert sich als religiös-zionistisch und strukturiert ihr Leben nach den Regeln des jüdischen Rechts. Ausserdem scheut sie sich nicht, auch vor religiösem Publikum, über die Homosexualität ihres zweitjüngsten Sohnes Michaels zu sprechen. Batya ist zufrieden mit ihrem Leben. Wie sie selber sagt, führt sie eine glückliche Ehe, hat einen spannenden Beruf und erfolgreiche Kinder. Und vor ein paar Monaten ging ihr Herzenswunsch in Erfüllung: Michael ist Vater eines Mädchens geworden. Es wurde mit der Eizelle einer südafrikanischen Spenderin gezeugt und von einer indischen Leihmutter geboren.

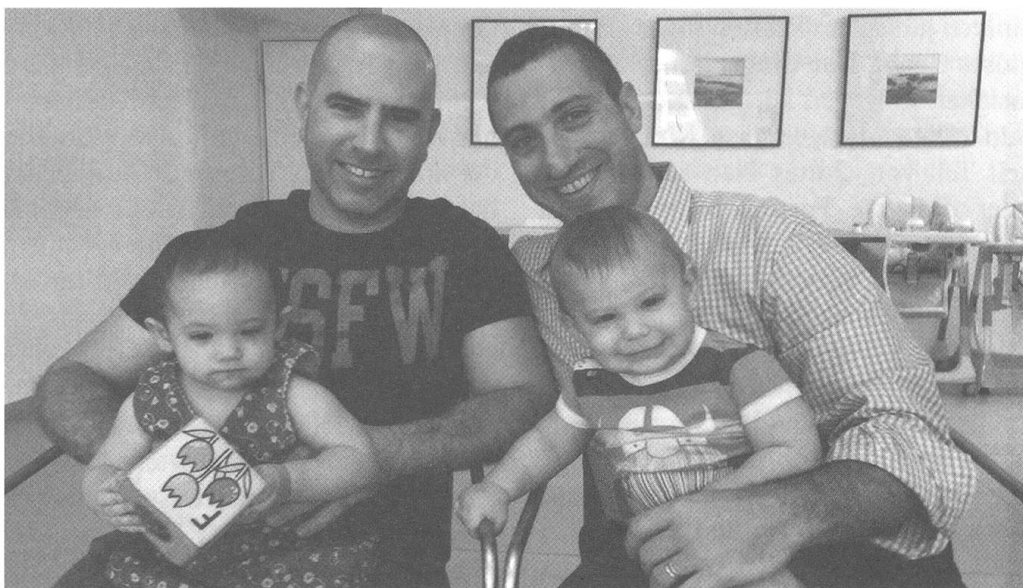
Zwischen Religion und Staat

Ich habe Batya im Kontext meiner Forschung über gleichgeschlechtliche Elternschaft in Israel kennengelernt. Als ich gegen Ende meines Studiums der Sozialanthropologie anfang, mich mit Israel zu beschäftigen, war ich verblüfft und fasziniert. Israel entspricht nicht dem Bild eines modernen liberalen Staates, in dem religiöse und staatliche Institutionen getrennt sind: Ehen können ausschliesslich durch religiöse Autoritäten

geschlossen werden, und rabbinische Autoritäten beteiligen sich aktiv an den Vorbereitungen und Diskussionen von Gesetzesentwürfen zu Familie und Fortpflanzung. Dies hat auch Auswirkungen auf gleichgeschlechtliche Paare: Das orthodoxe Rabbinat lehnt die gleichgeschlechtliche Familienbildung vehement ab.

Und doch haben Lesben und Schwule in Israel bedeutend mehr Familienrechte als in der Schweiz: Sie haben Zugang zu Reproduktionstechnologien, inklusive der Samenspende, die bei uns verheirateten heterosexuellen Paaren vorbehalten sind. Und die «Stiefkindadoption», die das

künstliche Befruchtung (IVF) und Samenspende, sondern auch die in der Schweiz verbotene Eizellenspende und Leihmutterschaft sind legal. Und während SchweizerInnen oftmals mehrere Tausend Franken investieren müssen, um ein Kind mit der Hilfe medizinischer Interventionen zu zeugen, sind in Israel alle diese Technologien grosszügig subventioniert. Ein Blick in die offiziellen Statistiken macht diesen Unterschied offensichtlich: Im Jahr 2011 gab es beispielsweise in der Schweiz 1044 Geburten in Folge von künstlicher Befruchtung. In Israel waren es bei einer ähnlichen Bevölkerungszahl 6901!



*Lior Shohat (l.) und Yehoshua Gurtler (r.) in ihrer Wohnung in Tel Aviv mit ihren Kindern Noa (v.l.) und Juval auf dem Schoß. Gurtler ist religiöser Jude und schwul. Beide Lebensmodelle gleichzeitig und offen zu praktizieren, ist in Israel immer noch sehr schwer.
Bild: Sara Lemel/DPA*

Schweizer Parlament dieses Jahr auch gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich machte, wird in Israel bereits seit zehn Jahren praktiziert. Paradoxerweise hat die Verflechtung von Religion und Staat sowie von kollektiven und individuellen Interessen dazu geführt, dass Elternschaft bei gleichgeschlechtlichen Paaren in Israel weit verbreitet ist und auf breite Zustimmung stösst.

Teure Fortpflanzungsmedizin

Gleichgeschlechtliche Paare können in Israel insbesondere davon profitieren, dass die Fortpflanzungsmedizin nahezu kritiklos unterstützt wird. Nicht nur

Bezüglich der grossen Akzeptanz der Fortpflanzungsmedizin verweisen SozialwissenschaftlerInnen auf die demographisch-politischen Interessen: Nach dem Holocaust und der Auslöschung von einem Drittel der jüdischen Weltbevölkerung werden Reproduktionstechnologien oft als Instrument zur Regenerierung des Judentums gesehen. Dazu kommt der israelisch-palästinensische Konflikt und die Sorge darum, Israel als jüdischen Staat zu erhalten. Nichtjüdische Israelis haben zwar eingeschränkten Zugang zu Fortpflanzungsmedizin. Im Zentrum der Gesetzgebungsprozesse und öffentlichen

Debatten steht aber ganz klar die jüdische Bevölkerung. Ausserdem ist die Nutzung der Reproduktionstechnologien zeitintensiv. Dies bedeutet, dass die staatlichen Subventionen in der Regel in die Mittel- und Oberschicht fliessen. Viele Angehörige der Unterschicht, in der die palästinensischen Israelis überrepräsentiert sind, können sich die damit einhergehenden Arbeitsausfälle schlichtweg nicht leisten.

Im Einklang mit jüdischem Recht

Das orthodoxe Judentum stellt die staatliche Unterstützung der Fortpflanzungsmedizin nicht in Frage. Wie auch im Christentum gelten Kinder als Segen, in einigen jüdischen Kreisen sogar als religiöses Gebot. Der Umgang mit Kinderlosigkeit hingegen könnte anders nicht sein. Die Aussage, dass Kinderlosigkeit Teil von Gottes Plan sein könnte oder dass die Fortpflanzungsmedizin die Menschenwürde verletzt, habe ich in Israel noch nie gehört. Ein Rabbi und führender Spezialist im Feld hat mir erklärt, dass Gott selber die Fortpflanzungsmedizin möglich macht, um dem Leiden von kinderlosen Paaren ein Ende zu bereiten.

Wichtig ist für orthodoxe Rabbis, dass die medizinische Praxis – genau wie beim Geschlechtsverkehr – nicht gegen jüdisches Recht verstösst. Sie sehen ihre Rolle deshalb insbesondere darin, dafür zu sorgen, dass Reproduktionstechnologien in Übereinstimmung mit dem jüdischen Recht reguliert und praktiziert werden. Sie mahnen nicht zur Zurückhaltung, sondern beraten ÄrztInnen und deren PatientInnen mit Fertilitätsproblemen.

«Öffentlich anerkannte Paare»

Die rabbinische Sichtweise, dass der Rückgriff auf Reproduktionsmedizin ein legitimer Ausweg aus der Kinderlosigkeit darstellt, wird in der israelischen Gesellschaft fast vorbehaltlos akzeptiert. Kritische Stimmen monieren

denn auch, dass es praktisch keine öffentliche Debatte über die emotionalen Belastungen gibt, die Schmerzen und die Risiken, welche die medizinischen Eingriffe mit sich bringen. In der Tat ist es für die Mehrheit undenkbar, kinderlos zu bleiben, und die Erwartung, dass Paare – und insbesondere Frauen – keine Mühen scheuen, um Kinder zu haben, ist gross. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Paare.

Seit 1988, als das israelische Parlament (Knesset) das Verbot von Homosexualität aufhob, setzen sich schwullesbische Organisationen für Diskriminierungsverbote und gleiche Familienrechte ein. Versuche, letztere durch Gesetzesänderungen zu erreichen, wurden jedoch als Angriff auf die religiöse Autorität betrachtet und scheiterten einer nach dem anderen am Widerstand der orthodoxen Parteien. Gleichzeitig hat sich die religiöse Kontrolle der Ehe als vermeidbares Hindernis erwiesen, da das israelische Familienrecht unverheiratete und verheiratete Paare fast in allen Belangen gleichstellt. Denn: Das rabbinische Eherecht schliesst nicht nur gleichgeschlechtliche Paare aus. Es gibt immer wieder Fälle von heterosexuellen Paaren, die nicht heiraten können, weil der religiöse Status der Frau oder des Mannes angezweifelt wird oder Einschränkungen bei der Partnerwahl mit sich bringt. Diese Einschränkungen haben ihre Ursprünge in der Bibel sowie den frühen rabbinischen Schriften und sind für viele Israelis nicht nachvollziehbar. Um also den brüchigen Zusammenhalt der jüdisch-israelischen Gesellschaft nicht zu gefährden, und um den betroffenen Paaren ein rechtlich abgesichertes Familienleben zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber bereits in den 1960er Jahren die Kategorie «öffentlich anerkannter Paare» eingeführt. Anders als die eingetragene Partnerschaft ist dies kein Status, den man amtlich erlangen kann. Um zum Beispiel Steuerreduktionen oder Versicherungszuschüsse für

Familien zu erhalten, müssen nicht verheiratete Paare gegenüber der zuständigen Stelle glaubhaft machen, dass sie eine Lebensgemeinschaft bilden. Die Kategorie «öffentlich anerkannter Paare» bietet deshalb einen flexiblen Gegenpol zum strikten jüdischen Eherecht, ist jedoch auch unsicher. In den letzten fünfundzwanzig Jahren konnten gleichgeschlechtliche Paare in Gerichten immer wieder durchsetzen, dass sie «öffentlich anerkannte Paare» sind und entsprechende Familienrechte erhalten.

Der Umweg über die Gerichte und öffentlichen Stellen ist zwar mühselig und zeitintensiv. Schlussendlich hat er sich aber als erfolgreich erwiesen, weil er weder die Institution der Ehe noch die Autorität der Rabbiner in Frage stellt. Damit wird nicht die gesellschaftliche Ordnung verändert, sondern ein stillschweigender säkular-religiöser Kompromiss erreicht. Ausserdem brachte der Fokus auf Familie und Kinder viel Sympathie für gleichgeschlechtliche Eltern ein. Lesben und Schwule werden in der Öffentlichkeit zunehmend als «normal israelisch» wahrgenommen, als Söhne und Töchter, die sich wie alle anderen eine eigene Familie wünschen und ihre Kinder liebevoll umsorgen.

Umstrittene Leihmutterschaft

Es ist hier wichtig zu betonen, dass gleichgeschlechtliche Paare noch nicht in allen Belangen gleichgestellt sind. Schwule Männer beklagen insbesondere die bestehende Diskriminierung im Leihmutterschaftsgesetz. Leihmutterschaft ist zwar in Israel erlaubt, aber heterosexuellen Paaren vorbehalten.

Weil es für Männerpaare in der Praxis schwierig ist, ein Kind zu adoptieren, erfüllen sie sich ihren Kinderwunsch – wie Michael und sein Partner – immer öfter durch Leihmutterschaft im Ausland. Nicht zuletzt deshalb bietet eine Reihe transnational operierender Leihmutterschaftsagenturen Programme an, die spezifisch auf schwule Männer ausge-

richtet sind. Die Manager dieser Agenturen sind oftmals selber schwule Männer, die ihrer Arbeit einen sozialen und gesellschaftspolitischen Wert beimessen. Gleichzeitig sind ihre Unternehmen ganz klar gewinnorientiert und darauf bedacht, lukrative Märkte zu erschliessen. Wie andere transnationale Unternehmen profitieren sie von der globalen Ungleichheit. Rechtliche Schlupflöcher haben ihnen ermöglicht, aus dem Reproduktionspotenzial und den finanziellen Nöten von Frauen in Indien, Thailand, Nepal, Guatemala und Mexiko Profit zu schlagen. Rechtliche Veränderungen in den letzten drei Jahren haben jedoch gezeigt, wie unsicher dieses Geschäftsmodell ist. Nachdem ein Land nach dem anderen transnationale Leihmutterschaft verbot, können schwule Paare ihren Traum vom eigenen Kind einzig in einigen Staaten der USA erfüllen.

Gesellschaftlicher Wandel

Noch vor zwanzig Jahren, als Batya von Michaels Homosexualität erfuhr, war sie ratlos. Sie wusste, dass dies kein Grund war, ihren Sohn zu verstossen und dass sie gemeinsam einen Weg finden würden, mit seiner Homosexualität zu leben. Wie sie dies tun sollten und wie Michaels Leben aussehen wird, konnte sie sich hingegen nicht vorstellen. Während Lesben und Schwule in Tel Aviv ihre ersten politischen Siege feierten und Familien gründeten, malte sich Batya ein Leben in zwielichtigen Clubs und am Rande der Gesellschaft aus.

Im orthodoxen Judentum war damals Homosexualität nach wie vor ein Tabu. Michael erklärte mir später, dass seine grösste Schwierigkeit nicht Gott war, sondern religiös-zionistische Geschlechtervorstellungen. Ein Mann sollte demnach als Beschützer, Siedler und Familienoberhaupt einen Beitrag zum jüdisch-israelischen Fortbestand leisten. Michael fand in diesen heteronormativen Vorstellungen keinen Platz für sich. Mittlerweile hat er sich vom orthodoxen Ju-

dentum abgewandt und lebt mit seinem Partner und der gemeinsamen Tochter in Tel Aviv. Seine Eltern und Geschwister, Grosseltern, Tanten und Cousins sind zum Schluss gekommen, dass es im orthodoxen Judentum durchaus auch einen Platz für Michael und seine Familie gibt.

Seit meinem Besuch bei Batya sind fünf Jahre vergangen. Die homophoben

¹In der Schweiz sind Eizellenspende und Leihmutterchaft verboten. Künstliche Befruchtung und Samenspende sind zwar erlaubt, die Kosten werden aber nicht von den Krankenkassen übernommen (www.familienleben.ch/schwangerschaft/kinderwunsch/kinderwunsch-kosten-einer-kuenstlichen-befruchtung-3698).

Vertiefende Literatur

Chava and Erella Shadmi Frankfort-Nachmias (Hg.): *Sappho in the Holy Land. Lesbian Exi-*

Ein homosexuelles Paar mit seinen zwei Kindern: Noch gilt in der Schweiz nur die Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare.

Bild: picture alliance / ZB



Stimmen innerhalb des orthodoxen Judentums sind trotz gesellschaftlichen Veränderungen nicht leiser geworden. Und wie der gewaltsame Tod einer Teilnehmerin an der *Jerusalem Pride 2015* deutlich machte, kann Ablehnung nur zu schnell in Gewalt umschlagen. Aber es ist heute nicht mehr aussergewöhnlich, zwei Vätern mit Kinderwagen zu begegnen oder in der Schule neben einem Kind mit zwei Müttern zu sitzen. Während meiner Forschung habe ich Familien im ganzen Land besucht, in den feinen Quartieren im Norden Tel Avivs, aber auch im religiös geprägten Jerusalem, in Dörfern und Kibbuzen. Diese Familien sorgen dafür, dass es auch immer mehr orthodoxe Stimmen gibt, die sich öffentlich für eine pluralistischere jüdische Gemeinschaft einsetzen. ●

stence and Dilemmas in Contemporary Israel. Albany 2005.

Steven Greenberg: *Wrestling with God and Men. Homosexuality in the Jewish Tradition.* Madison 2004.

Susan Martha Kahn: *Reproducing Jews. A Cultural Account of Assisted Conception in Israel.* Durham and London 2000.

Jacqueline Portugese: *Fertility Policy in Israel: The Politics of Religion, Gender, and Nation.* Westport 1998.

Elly Teman: *Birthing a Mother: The Surrogate Body and the Pregnant Self.* Berkeley 2010.

Sibylle Lustenberger,
*1980, studierte in Bern Sozialanthropologie und promovierte in Israel zum Thema gleichgeschlechtliche Elternschaft. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Tel Aviv und führt ihre Forschungen an der Universität Haifa weiter.

sib.lustenberger@gmail.com